

# Die Basler Lohnschlacht ist eröffnet

**Zoff um Polizeigehälter** Die Regierung will rund die Hälfte der Kantonsangestellten finanziell besserstellen. Die Bürgerlichen wehren sich – und könnten Erfolg haben.

**Oliver Sterchi**

Haben es die Angehörigen der Kantonspolizei Basel-Stadt verdient, ein Extra-«Zückerli» vom Steuerzahler zu erhalten? Oder ist das ungerecht gegenüber anderen Staatsangestellten, die ebenfalls Schicht arbeiten und stressigen Situationen ausgesetzt sind, etwa bei der Feuerwehr?

Um diese Frage ist in der Basler Politik eine Kontroverse entbrannt, die Linke und Bürgerliche, Regierung und Parlament, den Vorstand des Polizeibeamtenverbands und Teile von dessen Basis entzweit.

Weitgehend unbestritten ist, dass Polizistinnen und Polizisten in Basel vergleichsweise wenig verdienen und deshalb eine dauerhafte Lohnerhöhung erhalten sollen. Damit soll auch dem notorischen Unterbestand im Corps entgegengewirkt werden.

## **Kantonsangestellte seien privilegiert genug**

Die Regierung hat vor einem Jahr ein entsprechendes Lohnpaket vorgestellt. Mit diesem werden jedoch nicht nur die «Schugger» bessergestellt, sondern auch ein Grossteil der übrigen Staatsangestellten. Die Exekutive argumentiert, dass der Kanton im Bereich der Berufsanfänger generell eher tiefe Löhne zahle und es deshalb über die Polizei hinaus Handlungsbedarf gebe. Sie will deshalb die Einstiegsgehälter über weite Teile der Verwaltung anheben. Es ist also ein Lohnpaket für viele statt für wenige. Und genau hier gehen die politischen Gräben auf. Heute kommt das Geschäft in den Grossen Rat. Die Basler Lohnschlacht, sie ist eröffnet.

Das Basler Parlament wird zunächst beraten, ob es das Traktandum für «dringlich» erklärt. Falls ja, wird es noch in der April-Session behandelt. Doch schon jetzt lassen sich die Frontlinien bestimmen. Die Linke unterstützt die umfassende Vorlage der Regierung. Den Bürgerlichen geht das viel zu weit. Kantonsangestellte seien im Allgemeinen schon privilegiert genug, handeln müsse man primär bei der kriselnden Polizei, heisst es von Mitte-rechts.

Es geht also um eine Grundsatzfrage: Gezielt mehr Lohn für die Polizei – oder Prinzip Giesskanne? Die Gegner des umfassenden Lohnpakets haben via Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) einen Gegenvor-



Basler Polizisten leisten viele Extraschichten – und sollen nun besser entlohnt werden. Die Regierung will aber auch viele weitere Kantonsangestellte besserstellen. Archivfoto: Pino Covino

schlag eingebracht, der mehr auf die Bedürfnisse der Polizei zugeschnitten ist. Und es zeichnet sich ab, dass sie sich am Ende durchsetzen könnten.

Das Zünglein an der Waage bilden einmal mehr die Grünliberalen – und diese haben vor, für die Variante zu stimmen, welche die Polizei priorisiert. «Grundsätzlich finden wir, dass der Kanton vor allem bei den Polizeigehältern ansetzen soll», sagt GLP-Fraktionschefin Claudia Baumgartner. Das viel umfassendere Lohnpaket der Regierung, von dem rund 47 Prozent aller Kantonsangestellten profitieren würden, sehe man kritisch.

## **SP befürwortet breitere Lohnerhöhung**

Auch bei der Variante der Bürgerlichen gäbe es nicht nur Lohnerhöhungen für die Polizei. Mitte-rechts will den Kreis der Begünstigten allerdings erheblich einschränken: Nur die Löhne in

den tiefsten Erfahrungsstufen sollen angehoben werden. Auch soll die Zulage für Schichtarbeit beim Kanton lediglich um ein Viertel statt um ein Drittel steigen. Um diesen Nachteil auszugleichen, sollen Polizisten dafür eine neue Aussendienstzulage erhalten.

Den Bürgerlichen geht es darüber hinaus um ganz grundsätzliche Fragen: «Ursprünglich lautete der Auftrag aus dem Parlament ganz klar, bei den Polizeigehältern anzusetzen. Die Regierung hat das Paket dann enorm aufgebläht», sagt FDP-Grossrat Luca Urgese. Der Kanton sei heute schon ein sehr attraktiver Arbeitgeber. Urgese erinnert an das Jobticket oder die Velopauschale. Eine pauschale Lohnerhöhung für fast die Hälfte aller Angestellten nach dem Giesskannenprinzip sei schlichtweg «nicht gerechtfertigt».

Ganz anders beurteilt man das freilich zur Linken. Das Paket der

Regierung sei «fair und ausgewogen», sagt SP-Grossrat Ismail Mahmoud. Die Änderungsvorschläge der Bürgerlichen würden umgekehrt zu Ungleichheiten innerhalb der Polizei führen, meint der Sozialdemokrat. Dies wegen der Aussendienstzulage, die naturgemäss nur jene erhalten würden, die draussen auf der Strasse unterwegs sind. «Damit werden einzelne Polizistinnen und Polizisten schlechter dastehen als andere.»

## **Nicht nur der Grosse Rat ist gespalten**

Eine einseitige Bevorzugung der Polizei findet Mahmoud auch deshalb heikel, da man so Gefahr laufe, «das fehlende Personal beispielsweise bei der Sanität und der Feuerwehr schon jetzt nicht ernst zu nehmen». So könnte es bei den anderen Blaulichtorganisationen irgendwann «zu den gleichen Personalnöten wie bei der Polizei kommen».

Abseits dieses politischen Hickhacks führt das Geschäft auch in Polizeikreisen zu hitzigen Debatten. Anlass dafür ist ein Brief, den die sogenannte Arbeitsgemeinschaft der basel-städtischen Staatspersonalverbände an den Grossen Rat versandt hat. In dem Brief sprechen sich die Personalverbände des Kantons für die Vorlage der Regierung aus. Gezeichnet wurde das Schreiben auch vom Präsidenten des Polizeibeamtenverbands Basel-Stadt, Pascal Eisner. Die implizite Botschaft: Die Polizei ist solidarisch mit den übrigen Kantonsangestellten und wünscht keine Sonderbehandlung.

Nun hat dieser Brief in Teilen der Polizeibasis offenbar einigen Ärger ausgelöst. Der BaZ wurden gehässige Wortmeldungen von Polizisten zugetragen, die von einer «unabgesprochenen» Aktion des Präsidenten und des Verbandsvorstands sprechen. Namentlich zitieren lassen will sich

allerdings niemand. Eisner sagt auf Anfrage, dass der Vorstand den Vorschlag der Regierung als «stichhaltiger» und «transparenter» beurteile. Bei der Aussendienstzulage etwa sei nicht klar, wer davon profitieren würde. «Eine strikte Trennung zwischen Innen- und Aussendienst zum Beispiel ist bei der Polizei gar nicht so einfach», so Eisner.

«Gewundert» über den Brief hat sich auch EVP-Grossrat Christoph Hochuli, wie er sagt. Hochuli ist Polizist bei der Kantonspolizei Basel-Stadt. «Mich hat der Brief erstaunt, und ich kenne die Gründe nicht, aus welchen der Vorstand diesen Brief unterzeichnet hat», so Hochuli. Er selbst sei der Ansicht, dass die Variante der Bürgerlichen vorteilhafter sei für die Polizeibeamten. «Vor allem für jene im Aussendienst.» Er sieht es also anders als der Polizeibeamtenverband. Nun entscheidet der Grosse Rat.